



RUNDBRIEF der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit – DEZEMBER 2010

Neuburg, 15. Dezember 2010

Liebe IFFF-Frauen,

vielen Dank, dass ihr uns auch in diesem Jahr ideell und materiell unterstützt habt. Auf unserer **Jahresversammlung, die 2011 vom 4. – 6. März in München** stattfindet, werden wir auf das vergangene Jahr zurückschauen und den Internationalen WILPF-Kongress im August 2010 in Costa Rica vorbereiten. Eine genaue Einladung folgt Ende Januar.

Im Namen der IFFF haben im Jubiläumsjahr „Peking + 15“ und „UN-Resolution „1325 + 10“ verschiedene unserer Frauen an diversen Seminaren und Kongressen teilgenommen. Die Gründung eines breiteren Bündnisses „1325“ habe ich sehr begrüßt. Zahlreich vertreten waren wir auch auf der Internationalen Konferenz „Krisen bewältigen, Konflikte beenden“ des Gunda-Werner-Instituts in Kooperation mit dem Frauensicherheitsrat und 1000 Friedensfrauen weltweit Ende Oktober in Berlin, wo Frauen aus verschiedenen Krisenregionen berichteten, nachzulesen unter <http://www.gwi-boell.de/web/un-resolutionen-1325-dokumentation-konferenz-zehn-jahre-2820.html> (Fotos hierzu weiter unten auf Seite 3). Auch international waren WILPF-Frauen in ihren Sektionen engagiert. Meine persönliche Zusammenfassung:

1. Auf dem Papier sind Frauenrechte und politische Gleichberechtigung international anerkannt, hier sind wir vorangekommen, auch das mediale Bewusstsein hat zugenommen, wenngleich Bildredaktionen ihr Material noch sehr rollenstereotyp auswählen.
2. Die Umsetzung der Frauenrechte müssen wir immer wieder neu einklagen und hinterfragen und uns in Netzwerken dazu verbinden. Wir müssen Politikerinnen wählen und stützen, die sich dafür einsetzen. Anstatt uns einfach die „Hälfte der Welt“ zuzugestehen, wird erwartet, dass wir unseren Anteil vor allem in Zeiten knapper Kassen immer wieder verteidigen und unsere Beteiligung in höheren Macht- und Politikhierarchien rechtfertigen. Politikerinnen sollen immer noch überdurchschnittlich besser sein als ihre männlichen Kollegen.
3. Veranstaltungen zum Thema „Geschlechterrollen/ Gender“ werden von Männern weitgehend nur besucht, wenn sie als Referenten eingeladen sind, obwohl gerade in der Friedensbewegung z. B. Kriegsdienst verweigernde Männer unter dem maskulinen Rollenbild leiden und es für alle politisch Tätigen gut wäre, Geschlechterstereotypen und ihre eigenen Rollen zu hinterfragen. Faszinierend fand ich dann, dass die wenigen Männer, die Ute Scheubs Lesung in München mit ihrem Buch „Heldendämmerung, die Krise der Männer und warum sie auch für Frauen gefährlich ist“ in München besuchten, die Mütter für schuldig an der dominanten Männerrolle erklärten. Für mich ist die Frage der Geschlechtergerechtigkeit vor allem mit der Frage verbunden: „Wie wollen wir leben?“ Beispiele dazu findet ihr auf der Seite: Eine geschlechtergerechte Welt ist möglich - www.visionews.net/de.

Die Mutter vom Bundesminister für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit Dirk Niebel hat wohl auch versagt, so beschloss ihr Sohn im Jahre 2010 das Nachfolgegremium der GTZ, „GIZ“ (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) von sieben Männern leiten zu lassen. Er musste sich nun vorwerfen lassen, dies sei nicht nur „eine völlige Missachtung aller in Deutschland



geltenden Vereinbarungen zur Gleichstellung“ sondern die GIZ werde auch „zum Gespött in der internationalen Diskussion“ (*so weit ist es schon gekommen!*) und verliere gleich beim Start jede Glaubwürdigkeit in Fragen der Gleichberechtigung. (SZ vom 25. 11. 2010). Beispiel 2: Von 135 Außenvertretungen der EU sind nur sieben mit Botschafterinnen besetzt.

Die traurigste Bilanz der Pekinger Aktionsplattform weist das Kapitel „Frieden“ auf. Laut UN lebt jede 5. Schwangere in einem Krisen- oder Kriegsgebiet (SZ 21. 10. 2010). In einem Artikel des von Barbara Lochbihler, MdEP Grüne, und uns herausgegebenen Buches: „Frau Macht Veränderung“ haben u. a. die schwedische Europaabgeordnete Eva-Britt Svensson und ich aufgeführt, wie sehr die Rüstungsausgaben weltweit zugenommen haben. Die deutsche Ausgabe des Buchs wurde von Barbara Lochbihler und der türkischen Schriftstellerin und Feministin Pinar Selek in Berlin vorgestellt, vergangenen Sonntag haben wir in München mit Barbara zu einem Friedenszug – Rückblick mit Buchvorstellung eingeladen und Barbara hat die englische Version in Brüssel mit Pinar Selek und Eva-Britt Svensson eingeführt, die wir auch interessierten WILPF-Sektionen zur Verfügung stellen. Das Buch steht zum Online lesen als PDF flash und zum Download als PDF auf unserer Webseite unter der Rubrik Publikationen bereit:
http://www.wilpf.de/cms/front_content.php?idcat=35.

Zu Beginn des Afghanistankrieges wurden Frauenrechte missbraucht, um den Militäreinsatz zu rechtfertigen (embedded feminism). Inzwischen wird die deutsche Debatte immer konfuser: Bundespräsident Köhler trat zurück, nachdem er darlegte, es ginge auch um eine Sicherung der Rohstoffe und dann genau so nicht verstanden sein wollte. Verteidigungsminister Guttenberg erklärte erst im November die Wahrung von Wirtschaftsinteressen als Aufgabe der deutschen Sicherheitspolitik. Der Vorsitzende der Strukturkommission der Bundeswehr, Frank-Jürgen Weise betont die Bedeutung einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie. Diese sollte beim Export „wirksam unterstützt werden durch Verzicht auf deutsche Sonderlösungen“ (SZ vom 10. 11. 2010), gemeint sind die von der Industrie als besonders restriktiv empfundenen Rüstungsexportrichtlinien, die „an europäische Standards angeglichen werden sollen“ und die ebenjene Industrie sowieso zu umgehen versucht. Dankenswerterweise haben einige Frauen der Berliner Gruppe Einkaufstaschen konzipiert, die das Missverhältnis zwischen militärischen und zivilen Ausgaben in den Mittelpunkt stellen. Jürgen Grässlin, pazifistischer Buchautor und Vorsitzender von DFG/VK schrieb mir heute, dass seine Strafanzeige gegen Heckler und Koch wegen der Lieferung von G 3-Maschinengewehren in Unruheprovinzen Mexikos nach einem Bericht in Report Mainz und der Tagesschau immerhin den Rücktritt des Rüstungsexportbeauftragten der Firma zur Folge hatten.

Das schwedische Afghanistan-Komitee bezifferte die militärischen Ausgaben der EU-Länder 2010 auf 4 Milliarden 450 Millionen Euro und was hat das gebracht? Soraya Sobhrangh von der unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission berichtete Ende Oktober, dass sich unter einer schwachen Regierung die Situation der Frauen zunehmend verschlechtert, so dürfen sie in manchen Provinzen nur noch in männlicher Begleitung ausgehen. Der Oberstarzt a. D. Reinhard Erös, Gründer der „Kinderhilfe –Afghanistan“ wird da noch deutlicher (SZ, 22. 11.): „Afghanistan hat 30 Millionen Einwohner. Noch nie in der modernen Geschichte hat ein Land von so geringer Bevölkerungszahl in so kurzer Zeit auch nur annähernd so viel finanzielle Unterstützung erhalten wie Afghanistan (40 – 50 Mrd. \$). Und trotzdem fehlen der Mehrheit in diesem Land weiterhin die elementaren Dinge. Sechs von zehn Afghanen haben noch immer keinen Zugang zu klinischer ärztlicher Versorgung. acht von zehn Afghanen kennen keine Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Auch wegen einer exorbitanten Geburtenrate gehen immer weniger Kinder zur Schule. ...Die wenigen akademisch gut ausgebildeten Afghanen werden von den ausländischen Organisationen abgeworben... 10 000 km Teerstraßen ... wurden gebaut. Wie schön. Denn alle Ausländer im Land besitzen ein Auto und die NATO-Truppen brauchen sowieso Straßen. Aber wie viel Prozent der Afghanen sind motorisiert? Weniger als 5 Prozent. Darüber hinaus hat sich die Produktion von Opium und Heroin seit dem Sturz der Gotteskrieger verfünffach... Was hier exponentiell wächst, ist die Zahl der Toten ... Die Anzahl der getöteten afghanischen Frauen, Kinder und Alten geht in die Zehntausende. Auch ihre Zahl hat sich von Jahr zu Jahr dramatisch erhöht. Im vergan-



genen Jahr sind durch die Nato mehr afghanische Kinder ums Leben gekommen als durch Anschläge der Aufständischen.“ Am 28. Januar wird die Bundesregierung über die Verlängerung des Afghanistaneinsatzes abstimmen. Den Aufruf der deutschen Friedensbewegung zur Kriegsbeendigung könnt ihr unterzeichnen unter:

https://www.frieden-mitmachen.de/34/den_krieg_in_afghanistan_beenden_%E2%80%93_zivil_helfen.

Unsere australische WILPF-Friedensfreundin Felicity Hill beendet ihr Kapitel zur nuklearen Abrüstung im erwähnten Buch: „Zukünftige Generationen werden auf unsere Zeit zurückblicken und staunen über die Mystifizierung des Mordens und der Selbstzerstörung, die horrenden Waffeninvestitionen, über Verstümmelung und Gewalt. Wutentbrannt werden sie fragen: „Glaubten diese Menschen tatsächlich an diese Götter?“ Und man wird ihnen antworten: „Nein, nicht alle folgten diesem Glauben. Erst einige wenige, dann mehr und mehr Menschen glaubten an Frieden, Demokratie und humane Sicherheit. Ohne sie wären wir heute nicht mehr hier.“

Lasst uns mehr und mehr werden!

Friedensgrüße
Irmgard

29. 12. Nachruf Monika Nur

Soeben habe ich erfahren, dass Monika Nur gestorben ist, es gab vorher keine Anzeichen einer Erkrankung. Die Beerdigung wird am 21. Januar sein. Ich bin "erst" 15 Jahre bei der IFFF, weiß aber, dass sie sich jahrzentlang für uns engagiert hat, auf internationalen Kongressen aktiv war und die Arbeit in Berlin mitorganisiert hat. Ich kann mich sehr gut erinnern, dass ihre organisatorische und logistische Hilfe bei der Vorbereitung des IEC in Berlin- Helenenau im Jahr 2000 für uns unverzichtbar war. Sie schrieb damals auch einen sehr klaren Beitrag zum Neofaschismus in Deutschland für das IPU (International Peace Update). Bis zuletzt hat sie jeden Montag an den Montagsdemonstrationen in Berlin teilgenommen. In ihrer letzten persönlichen Email an mich nahm sie Anstoß in einer Satire, die nicht ganz pazifistisch war - eine konsequente Friedensfrau.

Besser als Barbara Lochbihler, die sie viel länger kennt als ich, kann ich es auch nicht ausdrücken:

"Monika ist mir seit meiner ersten Zeit bei der Liga in sehr guter Erinnerung. Sie hat mich für eine Nacht in Berlin beherbergt, als ich 1986 von Berlin-Ost nach Leningrad auf eine Frauenkonferenz geflogen bin. Wir waren oft auf internationalen Ligasitzungen und sie hat sich dort immer sehr engagiert und mit ihrem exzellenten Englisch sehr aktiv eingebracht. Monika war kompromisslos und hat sich immer bemüht die Ursachen von Konflikten zu verstehen und dann hat sie eben diese Ursachen und die Verursacher deutlich in das Zentrum der Diskussion gestellt. Monika hat ihr Leben selbständig geführt, für ihren Unterhalt hart gearbeitet und ihr Kind großgezogen. Ich hatte immer den Eindruck, ihr Antrieb für alle politische Arbeit war, Kriege zu überwinden. Hier war ihr kein Winter zu kalt, kein Herbst zu windig und kein Sommer zu heiß, um auf der Strasse für ihre Ideen einzustehen, zu werben und sich all die oft unerträglichen Argumente anzuhören, warum doch alles keinen Sinn hat. Ich habe Monika nicht oft getroffen, doch wenn, dann sind die Erinnerungen daran voll menschlicher Wärme und geprägt von Nachdenklichkeit über die Hintergründe die sie in die Diskussion eingebracht hat. Sie war nicht immer eine einfache, sondern eine streitbare Liga- und Friedensfrau, die mir fehlen wird, auch und gerade wegen ihrer liebenswert anstrengenden Art."

WILPF/IFFF c/o Irmgard Heilberger, St. Michaelsweg 2a, 86476 Neuburg, Tel.: 08283 - 92927
Bankverbindung: Postbank Hamburg 413 58 - 203 BLZ 200 100 20
- Spenden sind steuerlich abzugsfähig -
E-Mail: heilberger@wilpf.de Webseite: www.wilpf.de



Internationale Konferenz „Krisen bewältigen, bewaffnete Konflikte beenden“ des Frauensicherheitsrats zusammen mit dem Gunda-Werner-Instituts und den 1000 FriedensFrauen Weltweit Ende Oktober in Berlin

Fotos von Stephan Roehl

Foto links: Ganz rechts auf dem Podium Ligamitglied Heidi Meinzolt

Foto unten: Arbeitsgruppen, Mitte Nina Althoff



Linkes Foto: Ligamitglieder Nina Althoff, Kristina Koeltz, Heidi Meinzolt und Barbara Lochbihler



Foto unten: Arbeitsgruppen, Mitte IFFF-Vorsitzende Irmgard Heilberger





Nina Althoff, althoff@wilpf.de,
Geschäftsstelle der IFFF/ Deutsche Sektion:

Liebe Ligafrauen,

das **Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010** neigt sich dem Ende zu. Nicht nur die Nationale Armutskonferenz (NAK), ein Zusammenschluss bundesweit tätiger Fachverbände und Selbsthilfeorganisationen, Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und dem Deutschen Gewerkschaftsbund, äußerte sich enttäuscht. Der Wunsch nach aktiver und breiter Einmischung von Politikern, Wirtschaftsvertretern und anderen Entscheidungsträgern in die Debatte über Armutsprävention hat sich nicht erfüllt. Die «Diskrepanz zwischen schönen Reden und politischem Handeln» sei besonders bei der Neubemessung der Hartz-IV-Sätze deutlich geworden. Die Erhöhung beim Regelsatz um 5 Euro auf 364 Euro sei weder realistisch noch bedarfsgerecht. Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz müssen sogar von weniger als zwei Drittel der vorgesehenen neuen Hartz-IV-Sätze leben. Nach Pro Asyl und den Flüchtlingsräten in Deutschland beläuft sich der monatliche Erwachsenensatz für die rund 80 000 Asylbewerber in Deutschland auf 224,97 EUR. Das liege deutlich unter dem Existenzminimum. Noch stärker benachteiligt seien Flüchtlingskinder. So erhalte ein sechsjähriges Flüchtlingskind nur 53 Prozent des Regelsatzes eines gleichaltrigen Hartz-IV-Empfängers.

Die insgesamt immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland belegte nun wieder eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), wonach die Anzahl Ärmere und Reicherer in Deutschland immer weiter wächst. Damit gehe eine massive Verunsicherung der Menschen in der Mittelschicht einher, die für die gesellschaftliche Stabilität unabdingbar seien.

Nachdem wir uns Ende September in München zum Thema Armut und Soziale Ausgrenzung getroffen und hierzu diskutiert hatten, forderten wir anlässlich des internationalen Tages für die Beseitigung von Armut am 17.10.2010, dass die menschenrechtlichen Verpflichtungen der Staaten zur Armutsbekämpfung konsequent eingehalten werden. Armut stellt ein weltweites und zunehmendes Problem dar. Die Finanz-, Energie- und Nahrungsmittelkrisen haben die Situation noch verschlechtert. Gleichwohl scheint der politische Wille zur umfassenden Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu fehlen. Dieser Eindruck entsteht auch nach dem sog. Armutsgipfel der Vereinten Nationen in New York im September dieses Jahres. Dieser sollte überprüfen, ob Fortschritte bei den UN-Millenniumsentwicklungszielen erreicht wurden, wonach unter anderem der Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, bis 2015 halbiert werden soll. Auch in Deutschland sind Millionen Menschen von Armut und damit verbundener sozialer Ausgrenzung betroffen. Armut bedeutet dabei nicht nur Einkommensarmut, sondern auch einen Mangel an Bildung und Teilhabechancen sowie fehlender Zugang zu Ressourcen und damit mangelnde Möglichkeiten auf ein selbstbestimmtes, würdevolles Leben.

Mit der Erklärung vom Oktober fordern wir die Gewährleistung der Menschenrechte der von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen auf ein Leben in Würde und auf umfassende Teilhabe an der Gesellschaft. Wir fordern daher einen Perspektivenwechsel: Weg von einem Fürsorge- und Defizitansatz hin zu einem Rechteansatz der Betroffenen. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, das durch das sog. Hartz-IV Urteil des Bundesverfassungsgerichts Anfang des Jahres bestätigt wurde, muss für alle Menschen garantiert werden. Ob die genannten Grundsätze bei der Entwicklung einer neuen gesetzlichen Grundlage zum Arbeitslosengeld II eingehalten wurden, erscheint fraglich.



Wir fordern in der Erklärung weiter, die Haushalte so auszurichten, dass ausreichend Ressourcen für Armutsbekämpfung, für soziale Leistungen und für Friedenssicherung bereit stehen. Während die Rüstungsausgaben steigen, werden die Mittel für Sozialleistungen, humanitäre Hilfsprogramme und Krisenprävention gekürzt. Nicht nur im Zusammenhang mit den Sparplänen wäre ein Human Rights Budgeting notwendig.

Armut muss als mehrdimensionales und strukturelles Problem anerkannt werden, welches sich in vielen Lebensbereichen auswirkt und die Möglichkeiten zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und in sozialen Netzwerken einschränkt. Notwendig ist es zudem, Armut mit anderen Ursachen der Ausgrenzung in Verbindung zu setzen, beispielsweise Rassismus, Sexismus oder Behindertenfeindlichkeit. Der Menschenrechtsansatz erfordert eine spezielle Ausrichtung auf besonders Benachteiligte. In Deutschland sind neben Langzeitarbeitslosen vor allem Frauen und Kinder sowie Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge besonders von Armut und Ausgrenzung betroffen.

Eine umfassende Armutsbekämpfung ist notwendig. Armut bedroht nicht nur den Einzelnen, sondern gefährdet auch den Zusammenhalt und den Frieden in der Gesellschaft und auf der Welt.

Die EU möchte auch nach dem Ende des Europäischen Jahres 2010 die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung weiter verstärken. Notwendig sei es, mehr Menschen in Arbeit zu bringen und die Sozialausgaben gleichzeitig wirksamer zu machen. Bislang seien die Folgen der Wirtschaftskrise bei Armut und Arbeitslosigkeit noch nicht voll zum Tragen gekommen und abgemildert worden. Bis 2020 sollen mindestens 20 Millionen Menschen vor dem Risiko der Armut und Ausgrenzung bewahrt werden, heißt es in der neuen EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Zu den weiteren Zielen der «EU 2020»-Strategie gehört, die Beschäftigungsquote auf 75 Prozent der 20- bis 64-Jährigen anzuheben und die Schulabbrecherquote bis 2010 auf unter zehn Prozent zu senken. Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die einen Hochschul- oder einen gleichwertigen Abschluss haben, soll auf 40 Prozent erhöht werden.

Die weltweiten Ausgaben für Militär würden ausreichen, um die Millenniumsentwicklungsziele und eine geschlechtergerechte Welt zu verwirklichen. Alleine eine Kürzung der Militärausgaben genügt dabei aber nicht. Wichtig ist die Einführung eines Gender-Budgetings und die Umverteilung der Ressourcen in Zivile Krisenprävention, Soziale Leistungen und die Förderung der Menschenrechte. Das fordern wir auch im Rahmen unserer „**You Get What You Pay For**“-Kampagne. Unter anderem hiervon wurde auch im Rahmen der IFFF-Vorstellung in der Berlin-Beilage der taz berichtet, siehe unten. Ein sehenswertes WILPF-Video zum Thema „You Get What You Pay For“ könnt Ihr auf unserer Webseite ansehen (Danke liebe Helga!):

http://www.wilpf.de/cms/front_content.php?idcat=47.

Irmgard hat bereits von den zahlreichen Aktionen und Maßnahmen im **Jubiläumsjahr der Resolution 1325** berichtet. Weitere Informationen und Neuigkeiten hierzu könnt Ihr insbesondere dem aktuellen Newsletter des Frauensicherheitsrates entnehmen, den Ihr im Anhang unten als Anlage 1 findet. Wichtig ist vor allem, dass für Februar 2011 eine Online-Petition für einen Nationalen Aktionsplan geplant ist. Wenn es gelingt 50 000 Unterschriften zusammen zu bekommen, wird es im Bundestag eine Auseinandersetzung zu der Forderung geben müssen. Angestrebt ist, zu den Haushaltsberatungen im kommenden Jahr mit der erfolgreichen Petition für den Aktionsplan werben zu können. Weitere Informationen folgen, wenn es soweit ist.

Die Kernthesen von Heidi Meinzolt, die als Expertin zur öffentlichen Anhörung des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit zum Thema „10 Jahre Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen“ am 13.12. geladen war, könnt Ihr weiter unten nachlesen. Den zwischenzeitlich erschienen 3. Umsetzungsbericht der Bundesregierung zur Resolution ist abrufbar unter folgendem Link: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Menschenrechte/Frauenrechte/Frauen-Konfliktpraevention_node.html.



Ein Kommentar von Ute Scheub dazu unter dem Titel „Ein vorbildlicher Klassenletztter“ findet Ihr hier: <http://www.gwi-boell.de/web/un-resolutionen-1325-ute-scheub-kommentar-2888.html>. Einen guten Kurzfilm zur Resolution 1325 in Asien „Women and peacemaking in Asia“ könnt Ihr unter folgendem Link ansehen: <http://vimeo.com/16426911>.

Und schließlich noch der Hinweisse, dass Ihr ein Weihnachtsanschreiben von Madeleine Rees, WILPF-Generalsekretärin, ganz unten als Anlage 2 findet.

Damit bleibt mir für nun Euch herzlich für Eure Unterstützung und Euer Interesse zu danken!! Ich wünsche Euch einen guten Start ins neue, hoffentlich friedlichere Jahr 2011! Ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit, Eure Nina Althoff (althoff@wilpf.de)

taz Berlin Beilage von 6. Dezember 2010:

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Die älteste Frauenfriedensorganisation der Welt setzt sich für Abrüstung und zivile Krisenprävention ein

Die Rechnung ist einfach und eindeutig: Für 650 Millionen Euro kann die Bundesregierung entweder ein neues Kriegsschiff bauen lassen oder neun Millionen Kindern in Afghanistan für neun Jahre einen Schulbesuch ermöglichen. Im Rahmen ihrer Kampagne „You Get What You Pay For“ setzt sich die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) für die Abrüstung des deutschen Militärs ein und zeigt, wo das Geld besser angelegt wäre.

Die IFFF ist eine Frauenfriedensorganisation, die sich aber nicht nur für Abrüstung einsetzt, sondern auch für Frieden und Freiheit auf der Welt. „Unser Engagement gilt nicht nur den Frauen, wir fordern Gleichheit und Freiheit für alle Menschen“, erklärte Nina Althoff, seit 2008 Ligamitglied und geschäftsführend für die Liga tätig, in einem Gespräch mit der taz.

Die IFFF ist die älteste Frauenfriedensorganisation der Welt. 1915, ein Jahr nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs, reisten 1.200 Frauen nach Den Haag, um auf dem ersten Internationalen Kongress europäischer und amerikanischer Frauen ihren Protest gegen den Krieg zu artikulieren. So wurde nicht nur beschlossen, Friedensverhandlungen zwischen den Kriegsparteien zu forcieren, sondern sich über den Kongress hinaus kontinuierlich für den Frieden in der Welt zu engagieren. Hierfür gründeten die Aktivistinnen aus 12 verschiede-



Logo der IFFF Foto: IFFF

nen Staaten die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit.

Seit damals habe sich einiges getan, resümierte Althoff. „Trotzdem sind immer noch geschützte Räume notwendig, in denen Frauen sich für Frieden und Freiheit engagieren können“, konstatierte sie.

Inzwischen gibt es in 40 verschiedenen Ländern Sektionen der IFFF. Die beiden Internationalen Büros befinden sich in New York und in Genf. In Berlin treffen sich die IFFF-Frauen im Haus der Demokratie und Menschenrechte in der Greifswalder

Straße 4 in Prenzlauer Berg. Dort finden auch die regelmäßigen Veranstaltungen der Liga statt. Aktuell sind 30 Frauen ehrenamtlich in der Sektion, vor allem in Berlin und München, aktiv.

Die wichtigsten Themen, zu denen die IFFF arbeitet, sind Abrüstung und zivile Krisenprävention, Frauen und Frieden, Menschenrechte und Antidiskriminierung, Bekämpfung von Menschenhandel und der Nahost-Konflikt.

„Aktuell arbeitet die Berliner Sektion nicht nur zum Thema Abrüstung (You Get What You Pay For), sie macht sich auch für

die Umsetzung der UN-Resolution 1325 stark. In der vor zehn Jahren verabschiedeten Resolution wird gefordert, dass Frauen in allen Ebenen der Verhütung und Beilegung von Konflikten beteiligt werden müssen. Frauen sollen bei allen Entscheidungen über Krieg und Frieden einbezogen und die Genderperspektive soll berücksichtigt werden. Das sei aus folgenden Gründen wichtig: Wie Althoff argumentiert, besäßen Frauen nicht nur dieselbe Expertise wie Männer, sie hätten auch eine andere Perspektive.

„In Kriegen sind Frauen außerdem besonders von sexualisierter Gewalt betroffen“, erklärte Althoff. Gemeinsam mit dem Frauensicherheitsrat und dem Bündnis 1325 fordert die IFFF einen Nationalen Aktionsplan für die Umsetzung der Resolution.

Für die Organisation sind die Vereinten Nationen die einzige Option für einen weltweiten Frieden und daher setzt sie sich auch für eine Stärkung der UN ein, bei der sie beratenden Status hat. „Zur UN gibt es keine Alternative, um einen Dialog zwischen allen Staaten zu gewährleisten“, sagte Althoff.

Um sich zu koordinieren, trifft sich die Berliner Sektion der IFFF einmal im Monat. Interessierte sind aufgerufen, an den Treffen teilzunehmen und sich einzubringen. Es besteht die Möglichkeit, sich an Aktionen, Veranstaltungen und Diskussionen zu beteiligen und selbst etwas zu bewegen. LUKAS DUBRO



Die IFFF

Termine:

Das nächste Berliner Ligatreffen findet statt am 8. Dezember 2010, um 19 Uhr, im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4.

Am 13. Dezember findet zu dem im Paul-Löbe-Haus eine öffentliche Anhörung des Unterausschusses „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ zum Thema „10 Jahre Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen“ statt. Informationen zur Anmeldung, auf der Webseite des IFFF.

Im Netz: www.wilpf.de



Umstellung beim Rundbriefversand:

Der Rundbrief soll in Zukunft direkt über die Wilpf-Website versendet. Damit wir alle bisherigen Empfängerinnen und Empfänger auch künftig erreichen, bitten wir darum, dass sich jede und jeder über die Wilpf-Website für den Rundbrief anmeldet, falls Ihr das noch nicht getan habt. Dazu gebt Ihr Euren Namen und Eure Adresse ein und wählt bitte den Empfang des HTML-Newsletters aus, da nur mit diesem Format Verlinkungen, Bilder u.ä.m. versendet werden können.

Nach dem Eintrag versendet das System eine E-Mail mit einem Bestätigungslink, den Ihr bitte noch mal anklicken müsst. Erst nach der Bestätigung ist Eure E-Mail Adresse aktiviert. Manchmal werden solche Bestätigungsmails auch als Spam eingeordnet. Falls Ihr keine Bestätigungsmail erhaltet, überprüft bitte den Spamordner oder setzt Euch direkt mit uns in Verbindung.

Zur Rundbrief-Anmeldung: http://www.wilpf.de/cms/front_content.php?idcat=21.

Danke sehr!

Thesen vom Ligamitglied Heidi Meinzolt als geladene Expertin im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Unterausschusses Zivile Krisenprävention im Bundestag am 13. Dezember 2010

These 1: Mein Plädoyer für eine politische Gesamtstrategie (3-4 P's) keine "bürokratische Verengung ohne inhaltlichen Mehrwert" wie es der deutsche UN-Botschafter einer EU-Delegation weiszumachen versuchte! – Wo auch immer man anfängt –

a) Schutz – unterschiedliche Betroffenheit von Frauen und Männern in Konfliktsituationen/Kriegen –

- als Hauptverantwortliche für die Daseinsfürsorge und die Familie,
- als Opfer von (häuslicher) Gewalt, in besonderer Form der Kriegswaffe Vergewaltigung und entsprechenden Traumatisierungen,
- als KombattantInnen die von politischen Prozessen und Umstrukturierungsprozessen ausgeschlossen werden,
- notwendige Geschlechtersensibilität in der Vorbereitung jedes Einsatzes und im Konflikt, Wahrnehmung von Frühwarninstanzen in der Bevölkerung (Massenvergewaltigungen in einem kongolesischen Dorf unter UN-Blauhelmpresenz!),
- Rüstungskontrolle bzw. Entwaffnungen und Abrüstung.

b) Teilhabe - Glaubwürdigkeit und Effektivität!

- Studie von UNIFEM aus dem Jahre 2009, wonach seit 1992 in insgesamt 21 Friedensprozessen - in Afghanistan, Bosnien, Burundi, Darfur, Kongo, Kosovo, Uganda und anderswo - nur 7,6 Prozent der Unterhändler und lediglich 3,2 Prozent der Mediatoren weiblich waren. In 14 Friedensgesprächen gehörten zu den Unterzeichnern nicht mal drei;
- EU-Studie Valenius über Balkaneinsätze: die Anwesenheit der 'Internationalen' hat die Sexindustrie zum Blühen gebracht, kaum weibliche Militärs oder Polizisten eingesetzt, sodass die EU die Chance verpasst habe, der Bevölkerung neue Rollenmodelle vorzuleben. Zudem hätten viele Frauenorganisationen den Auftritt des EU-Personal als "arrogant" und "kolonial" empfunden.
- Good practices-Kataloge (Clinton – "Dayton wäre anders gelaufen wenn Frauen dabei gewesen wären")



c) Prävention: Notwendige politische Priorisierung im Sinne von "Vorrang Zivil"– Fokussierung auf Friedenspolitik nicht der Sicherheitspolitik als Mainstreamdiskurs!

- Keine Reduzierung z.B. des Volumens des Aktionsplanes zivile Konfliktlösung und keine Einbettung der Entwicklungszusammenarbeit in militärische Kontexte (Welthungerhilfe, BSV und viele andere AkteurInnen), sondern Ausweitung
- Verankerung von Gender in der Geberpolitik
- Ausbildungsmodule, Genderawarnstrainings, Aufbau von Expertinnenpools
- aktive Kooperation mit der Zivilgesellschaft (Fraueninitiativen – Gruppen), wo sich die BrückenbauerInnen aufhalten, die noch über Grenzen dialogbereit sind (vgl. Statusverhandlungen Kosovo, Talks mit Warlords und Talibanführern in Afghanistan statt Friedensdjirga mit Frauen besetzt, Israel-Palästina verhandeln Ex-Generäle, die nur mehr vor Fernsehkameras miteinander reden – statt women's commission for a just and sustainable peace, wo man trotz aller Widerstände noch an ein friedliches Zusammenleben glaubt, die anderen kennt).

d) Prosecution

Strafverfolgung von Tätern (bosnische Frauen in Den Haag)

do no harm-Umsetzung : Vergewaltiger in Blauhelmkreisen (bisher nur 2% verurteilt) –

These 2:

Genderfrage als Menschenrechtsfrage und Thema der Gleichberechtigung (nicht als Frauenanliegen) – die gleichzeitig auf einen anderen Sicherheitsbegriff fokussiert ist (Menschliche Sicherheit!)

- Wahrnehmen von **Good practices** vom Grassrootbereich bis zum (gesellschafts-) politischen Engagement (5th clan in Somalia – Liberia, Women's commission Israel/Palästina, Kosova Women's network)
- Genderperspektive in die **Ausbildung** von ExpertInnen, Ausbau von Modulen, **Expertinnenpools**, Veranstaltungen
- Genderperspektive in **Geberpolitik** und die Beschickung von **Verhandlungsdelegationen, Konfliktvermittlung, Frühwarnrichtungen**
- Genderperspektiven im **diplomatischen Dienst** (8% der Botschafter Frauen – Belgien nach Umstrukturierung des diplomatischen Dienst und der Aufnahmetests statt 80% Männer – Mehrheit von Frauen)
- Genderperspektive durch die Thematisierung **militarisierter Männlichkeit**
- **NAP** mit Quoten, Finanzierungsinstrumenten, Sanktionsmechanismen (vgl. Schattenberichte)
- Nachhaltig und lange Unterstützung von Projekten (nicht als Strohfeuer oder Auslaufmodell - wie im Stabilitätspakt!)

These 3:

- Deutschland im **UN-Sicherheitsrat** (mit dem Vorsitz ab Juni) und Schlusslicht in Europa? Das kann eigentlich nicht sein!
- Deutschland als Mitglied der "**friends of the resolution**" – da müsste doch eine Verpflichtung daraus erwachsen!

Der FSR ist im Rahmen eines **breiten Bündnisses**, das sich zur Umsetzung der Res 1325 in Deutschland gebildet hat, wild entschlossen, sie in ihrer hoffentlich positiven Entscheidung hinsichtlich eines NAP zu unterstützen!



Terminhinweise

MÜNCHEN – 19. Januar 2011 Clemens Ronnefeldt, Peak Oil: Eine Analyse der Bundeswehrstudie Peak Oil aus „sicherheits“- , entwicklungs- und friedenspolitischer Sicht, um 19 Uhr, im Eine Welt Haus, Schwanthaler Str. 80, München (U4/U5 Theresienwiese).

MÜNCHEN – 22. Januar 2011 Seminar SchutzMachtEinmischung: Zur Reichweite eines UNO-Konzeptes. Dieses Seminar findet seit Jahren unter Mitwirkung von Ligafrauen im Vorfeld der sogenannten Sicherheitskonferenz statt, von 10:00 bis 17:00 Uhr, Kreuzkirche, Hiltenspergerstr. 55. Eine Anmeldung ist notwendig. Weitere Informationen unter: www.politik-im-raum.org.

MÜNCHEN – 28. Januar 2011 Aktionstag „Wer will unter die Soldaten?“: Die GEW Fordert auf zu einer Demonstration „Bundeswehr raus aus den Schulen!“. Sie brauchen dazu eine Friedensdemonstration. Die demonstrierenden Menschen sollen sich den Offizieren in den Weg stellen. Dazu werden möglichst viele Personen benötigt, die um 17 Uhr an der Feldherrnhalle sind. Brigitte Obermayer ist mit dem Ligatransparent vor Ort und benötigt Eure Unterstützung.

MÜNCHEN – 4 .bis 6. Februar 2011 9. Internationale Münchner Friedenskonferenz: Zeitgleich zur so genannten Sicherheitskonferenz, findet wieder die Münchner Friedenskonferenz statt. Das umfangreiche Programm ist abrufbar unter: www.friedenskonferenz.info.de.

MÜNCHEN – 5. Februar 2011 Großdemonstration: Treffpunkt ist Marienplatz um 13 Uhr. Die Demonstration soll dieses Mal bunter und auffälliger werden. Theatergruppen sollen am Wegesrand die Demonstration untermalen und unterstützen. Alle, die kreative Aktionsideen haben, sind herzlich willkommen: gegen@sicherheitskonferenz.de.

MÜNCHEN – 07. Februar 2010 Haiti und die Situation der Frauen: Vortrag und Diskussion anlässlich, Referentin ist die Ligafrau Clorinde Zephir, Haiti, 19:00 Uhr, Eine Welt Haus, Weltraum, Schwanthaler Str. 80, München (U4/U5 Theresienwiese).

MÜNCHEN – 4. bis 6. März 2011 Jahresvollversammlung der IFFF: Weitere Informationen folgen mit Ende Januar/ Anfang Februar 2011.

BERLIN – 18. Januar 2011 Ligatreffen: Das nächste Berliner Ligatreffen finden statt am 18. Januar 2011, um 19 Uhr im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, kleiner Seminarraum neben dem Robert-Havemann-Saal (EG, HH). Alle Interessierte sind herzlich willkommen! Das Haus der Demokratie und Menschenrechte erreicht Ihr - z. B. vom S-, U- und Regionalbahnhof Alexanderplatz aus - mit der Tramlinie M4 sowie den Buslinien 200 und 240. Haltestelle ist jeweils "Am Friedrichshain".

BERLIN – 25. Januar 2011 Öffentliche Expert/innenanhörung zum Thema Frauen in der Friedens- und Sicherheitspolitik: Veranstaltet vom Deutschen Frauenrat und der Internationalen Katholischen Friedensbewegung pax christi am 25. Januar 2011, von 11:00 bis 17:00 Uhr, im Landessportbund Berlin e.V., Jesse-Owens-Allee 2, 14053 Berlin, www.lsb-berlin.de. Im Anschluss an die Veranstaltung soll ein **Bündnistreffen 1325** vor Ort stattfinden, gegen 17:00 Uhr. Reisekosten zur Anhörung können auf der Grundlage ÖPNV / Deutsche Bahn (2. Klasse / Bahn-card oder unter Nutzung der Großkundennummer des Deutschen Frauenrates – 820 00 59; in diesem Fall können die Fahrkarten nur am Schalter gekauft werden) unter Abzug einer Eigenbeteiligung von 50 € erstattet werden. Anmeldungen werden bis zum 14. Januar 2011 in der Geschäftsstelle des Deutschen Frauenrates anzumelden über folgendes Formular: http://frauenratde.h965197.serverkompetenz.net/fileadmin/user_upload/infopool/informationen/bilder/2010-2/Anmeldeformular.pdf.



COSTA RICA – 30. Juli bis 5. August 2011 Internationaler WiLPF Kongress zu Food Sovereignty: Weitere Informationen folgen auf unserer Webseite sowie auf der Webseite des internationalen Büros: www.wilpfinternational.org.

Aktuelle Hinweise zu Veranstaltungen in München und Berlin sind auch auf der IFFF-Webseite unter der Rubrik AKTUELLES nachzulesen: www.wilpf.de. Bei Nachfragen stehen Brigitte Obermayer in München (obermayer@wilpf.de) oder Nina Althoff in Berlin (althoff@wilpf.de) zur Verfügung.

Webseitenlinks:

- WILPF Deutsche Sektion: www.wilpf.de.
- WILPF Internationales Büro: www.wilpfinternational.org.
- WILPF Projekt „Peace Women“: www.peacewomen.org.
- WILPF Projekt „Reaching Critical Will“: www.reachingcriticalwill.org.
- Frauensicherheitsrat und Bündnis 1325: www.un1325.de.
- Visionnews: www.visionnews.net/de.
- Konferenzbericht und Dokumentation Res. 1325: <http://www.gwi-boell.de/web/un-resolutionen-1325-dokumentation-konferenz-zehn-jahre-2820.html>

Anlage 1: Newsletter des Frauensicherheitsrates

NEWSLETTER DES FRAUENSICHERHEITSRATES

Bilanz des Jahres 2010, Aktivitäten 2011

Liebe Freundinnen und Freunde, Mitstreiterinnen und Mitstreiter, für uns, den Frauensicherheitsrat, geht es sehr arbeitsames, aufregendes aber vor allem auch erfreuliches Jahr zu Ende. Wir möchten Euch mit diesem Newsletter einen Überblick über unsere vielfältigen Aktivitäten im Jahr des 10jährigen Jubiläums der UN-Resolution 1325 zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“ geben. Bei unserer Klausurtagung Ende November haben wir dieses Jahr noch einmal Revue passieren lassen und festgestellt, dass wir als kleines ehrenamtliches Netzwerk – auch dank guter Vernetzung und Euer aller Mithilfe! - eine ganze Menge auf die Beine stellen konnten. National wie international haben sich unzählige Gruppen der Zivilgesellschaft auf den Jahrestag der Resolution 1325 konzentriert und Events organisiert. Das hat Öffentlichkeit geschaffen und Veränderungsdruck bei den politisch Verantwortlichen erzeugt, birgt aber die Gefahr in sich, dass im nächsten Jahr unser aller Aufmerksamkeit erschlappt. Dies wäre fatal, besonders da Deutschland 2011 und 2012 erneut als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat sitzt.

Was die Bundesregierung dort eigentlich bewirken will, ist bis heute nicht klar. Ein profiliertes inhaltliches Programm fehlt, und auch im Hinblick auf Resolution 1325 hat das federführende auswärtige Amt bisher nicht mehr als ein dünnes Lippenbekenntnis abgelegt, dass es im Sicherheitsrat „besonderes Augenmerk“ auf die Resolution legen wolle (3.Umsetzungsbericht der Bundesregierung zu Resolution 1325, veröffentlicht am 13.12.2010: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Menschenrechte/Frauenrechte/Frauen-Konfliktpraevention_node.html).



Insofern wäre es dringend geboten, dass das „Bündnis 1325“ und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen sich in den kommenden zwei Jahren als „Watchdog“ betätigen und die Aktivitäten der Bundesregierung im Sicherheitsrat kritisch begleiten. Erste Verabredungen hierfür könnten wir am Rande der 1325-Anhörung des Deutschen Frauenrates im Januar treffen (siehe weiter unten).

Hier ein – unvollständiger!! - Überblick über unsere Aktivitäten 2010 und 2011. Er ist in drei Abschnitte gegliedert:

1.Events 2010

2.Publikationen 2010 und

3.geplante Aktivitäten für 2011.

Wir wünschen Euch allen zauberhafte und friedliche Feiertage.

Euer Frauensicherheitsrat (Nina Althoff, Petra Bläss, Johanna Bussemer, Gitti Hentschel, Jutta Kühl, Heidi Meinzolt, Jill Scherneck, Ute Scheub)

1. EVENTS 2010

Gründungstreffen „Bündnis 1325“ im Januar 2010:

Auf Initiative des Frauensicherheitsrates haben sich Ende Januar 2010 in Berlin rund 20 NGOs zu einem organisatorisch lockeren „Bündnis 1325“ zusammengeschlossen. Vereinbart wurde der gegenseitige Informationsaustausch über eine Mailingliste, die Nutzung eines gemeinsamen Logos und die gegenseitige Unterstützung beim Aufbau von politischem Druck. Alle Anwesenden hielten es für nötig, dass die Bundesregierung endlich einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von 1325 verabschiedet. Ein Folgetreffen ist für den 25.1. in Berlin geplant (siehe unten).

Internationale Konferenz „Gender Counts“ im März 2010:

Das 10-jährige Jubiläum von Resolution 1325 sowie eigene langjährige Erfahrungen bezüglich der Möglichkeiten und Grenzen der Friedensarbeit im Kontext der Resolution nahm OWEN e.V. in Kooperation und Beratung mit dem Frauensicherheitsrat zum Anlass für die Durchführung der Konferenz „Gender Counts! 10 Jahre UN-Resolution 1325-Bilanz, Herausforderungen und Perspektiven“.

Anliegen war es, mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Stiftungen und Entsendeorganisationen sowie internationalen und nationalen PolitikerInnen eine Bilanz der bisherigen Umsetzung der Resolution zu ziehen sowie Herausforderungen und Perspektiven zu identifizieren und zu diskutieren. Insgesamt 120 Gäste nahmen dieses Angebot wahr und versammelten sich vom 24.-26. März 2010 in der Berliner Friedensstraße. OWEN konnte VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus vier verschiedenen (Post)Konfliktregionen begrüßen: aus Israel & Palästina, Serbien & dem Kosovo, dem östlichen und südlichen Afrika, dem Kaukasus sowie aus Deutschland und anderen europäischen Ländern, außerdem VertreterInnen der UNO, des Bundesfamilienministeriums und des Auswärtigen Amtes. Viele der Teilnehmenden fühlten sich inspiriert, in ihrer Arbeit und ihrem Engagement, bestätigt und gestärkt, nahmen Anregungen und Erfahrungen mit nach Hause, die sie



mit ihren KollegInnen vor Ort teilen mochten.

Die Dokumentation der Konferenz ist herunterladbar unter: <http://www.owen-berlin.de/projekte/index.php>

Kriterienkatalog für Nationale Aktionspläne von EPLO (European Peace Liaison Office):

In Zusammenarbeit mit dem Frauensicherheitsrat, der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF/WILPF) und anderen ist das Dokument „10 POINTS ON 10 YEARS UNSCR 1325 IN EUROPE“ entstanden, das folgende interessante Schlüsselemente hat, die geradezu nach Umsetzung rufen:

1. Prioritise, enable and strengthen the participation of women in peace and security matters
2. Include a set of minimum standards in all WPS action plans / strategies
3. Engage civil society organisations in the development, implementation and monitoring and evaluation (M&E) of WPS plans
4. Include meaningful indicators and M&E mechanisms in WPS action plans and strategies
5. Allocate specific WPS resources (financial and human)
6. Appoint a high-level representative on women, peace and security
7. Ensure that the European External Action Service contributes to further implementation of SCR 1325 and related resolutions, and functions in line with WPS commitments
8. Strengthen the EU Task Force on WPS to further coordination and implementation
9. Ensure implementation of WPS commitments in CSDP missions
10. Prepare an annual report on European implementation of WPS commitments

Weitere Infos unter www.eplo.org.

Die 10-Punkte gibt es auch in französisch unter

http://www.eplo.org/assets/files/2.%20Activities/Working%20Groups/GPS/CSO_Position_Paper_10_Points_on_10_Years_UNSCR_1325_in_Europe_1009_FR.pdf

Fallstudien zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 in Europa:

Ebenfalls im Rahmen von EPLO entstand eine Dokumentation mit Fallstudien zur nationalen Umsetzung von 1325 in verschiedenen europäischen Ländern. Heidi Meinzolt (IFFF und Frauensicherheitsrat) hat darin einen Beitrag über Deutschland verfasst.

http://www.eplo.org/assets/files/2.%20Activities/Working%20Groups/GPS/EPLO_GPS_WG_Case_Studies_UNSCR_1325_in_Europe.pdf

Ausstellung zur Umsetzungsbilanz von 1325 vor der Nase des UN-Sicherheitsrates:

Mitte bis Ende Oktober führte die Ausstellung „No Women – No Peace“ den UN-Diplomaten und -Delegierten die klägliche Umsetzungsbilanz von 1325 vor Augen. Ute Scheub, Mitglied des Frau-



ensicherheitsrates und westeuropäische Koordinatorin der 1000 Friedensfrauen weltweit, war maßgeblich an ihrer Erstellung beteiligt. Da diese in der „Delegate Hall“ direkt zwischen UN-Sicherheitsrat und UN-Generalversammlung platziert war, konnten deren Mitglieder nicht umhin, sie zur Kenntnis zu nehmen. Ein „Peace Fair“ und ein umfangreiches Begleitprogramm, organisiert von zivilgesellschaftlichen Organisationen, ergänzten die Ausstellung mit ihren kurzen Texten und großformatigen Bildern.

Die deutsche Fassung wurde im Oktober und November auf öffentlichen Plätzen in der Schweizer Hauptstadt Bern und während der Konferenz in der Böll-Stiftung Berlin gezeigt (siehe nächster Abschnitt). Wer will, kann die Ausstellung ebenfalls zeigen, zu bezahlen sind nur die örtlichen Druckkosten für die Plakate. Sie ist beim Berner Sekretariat der „1000 FriedensFrauen weltweit“ in deutscher und englischer Fassung zu beziehen. Weitere Infos unter http://www.1000peacewomen.org/deu/aktuell_news_detail.php?IDNews=244

„Krisen bewältigen, bewaffnete Konflikte beenden“: Internationale Konferenz Ende Oktober
10 Jahre Resolution 1325 waren Anlass für diese internationale Konferenz des Frauensicherheitsrats zusammen mit dem Gunda-Werner-Instituts in der Heinrich-Böll-Stiftung und den 1000 Friedens-Frauen Weltweit Ende Oktober in Berlin. Traurige Bilanz der deutschen und europäischen Umsetzung von UNSCR 1325: Viel Papier, wenig Taten. Dennoch: die Vielzahl spannender Beiträge z.B. zu militarisierter Männlichkeit und sexualisierter Gewalt auch an Männern ebenso wie die Visionen einer militärfreien und geschlechtergerechten Welt gaben viel Stoff für anregende Diskussionen und gezielte Strategieentwicklungen für die weiter Arbeit der vielen anwesenden ExpertInnen aus dem In- und Ausland.

Mehr dazu unter: <http://www.gunda-werner-institut.de/web/un-resolutionen-1325-dokumentation-konferenz-zehn-jahre-2820.html>

Gute Beispiele für die Umsetzung von 1325: www.visionews.net

Am Jahrestag der Resolution, am 31. Oktober um 13:25 Uhr, wurde eine neue deutsch- und englischsprachige Website online gestellt, die friedenspolitische Visionen und gute Beispiele der Umsetzung von Resolution 1325 aus über 20 Ländern zeigt. Die Texte wurden von professionellen JournalistInnen aus der ganzen Welt verfasst und von Ute Scheub redaktionell betreut. Die Website ist ein Kooperationsprojekt zwischen OWEN, der Nachrichtenagentur Inter Press Service Deutschland, dem Frauensicherheitsrat und den 1000 FriedensFrauen weltweit, möglich gemacht wurde sie durch Zuwendungen von filia – die frauenstiftung und der Stiftung Umverteilen. Die Website ist der Beginn einer internationalen Datenbasis zu Erfolgsgeschichten und Good Practices im Kampf gegen Gewalt und soll laufend aktualisiert werden.

www.visionews.net



Anhörung zu Resolution 1325 im Bundestag am 13.12.2010:

Auf Initiative der Vorsitzenden Kathrin Vogler (Linke) hat der neu gebildete Unterausschuss zur zivilen Krisenprävention des Bundestages am 13.12.2010 eine Sachverständigen-Anhörung zu 1325 durchgeführt. Es sprachen dort: Heidi Meinzolt (Frauensicherheitsrat/IFFF), Monika Hauser (medica mondiale), Karin Schuhmacher (Unifem) und Stefanie Bapst (Nato). Die Ausführungen von Heidi Meinzolt sind unter www.frauensicherheitsrat.de bzw. www.un1325.de in der Rubrik „Aktuell“ nachzulesen.

Die PolitikerInnen aller Fraktionen im Parlament zeigten sich damit zum ersten Mal gemeinsam sehr interessiert an der UN-Resolution 1325. Im Anschluss daran lud Kerstin Müller von der Bundestagsfraktion der Grünen zu einem Vernetzungstreffen ein.

EU-Parlamentsresolution zu Resolution 1325:

Das Europäische Parlament hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass die EU-Staaten die Situation von Frauen in Kriegen und anderen bewaffneten Konflikten endlich ernst nehmen:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=B7-2010-0628&language=DE>

Weitere Infos auch unter:

www.barbara-lochbihler.de/presse-oeffentlichkeit/pressemitteilungen-2010/eu-muss-frauen-in-internationalen-missionen-gleichberechtigt-einbinden.html

2. PUBLIKATIONEN:

„Heldendämmerung – Die Krise der Männer und warum sie auch für Frauen gefährlich ist“ von Ute Scheub (Frauensicherheitsrat)

Die Grundthese des im März 2010 im Pantheon Verlag erschienenen Buches: Aufgrund von Globalisierung und Frauenemanzipation verlieren Männer weltweit an Macht und Einfluss. In Krisensituationen wird deshalb der Status als Kriegsheld wieder interessant - besonders für marginalisierte und fundamentalistisch orientierte Männer. Damit steigt die Gefahr von bewaffneten Konflikten und Kriegen. Die Autorin zeigt dieses Phänomen anhand verschiedener Länderbeispiele auf, Schwerpunkt ist Deutschland und Afghanistan.

Rezensionen und weitere Infos unter http://www.utescheub.de/index_bu.html

„Frau Macht Veränderung“

Hrg. Barbara Lochbihler (Grüne Abgeordnete im Europäischen Parlament + IFFF/WILPF)

15 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking ziehen internationale Politikerinnen, Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen Bilanz: Was ist geworden aus den Beschlüssen des bis dato größten weltweiten Frauentreffens? Warum ist die Armut weiblich geblieben? Wieso wird heute mehr Geld in die Rüstung gesteckt als jemals zuvor, während für den Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit die Ressourcen knapp sind? Die Autorinnen beschäftigen sich zudem mit ethnischen Minderheiten,



Migrantinnen, feministischer Bewegung, sexualisierter Gewalt in Kriegen und nicht zuletzt mit dem Friedenszug, der im Jahr 1995 über 200 Frauen von Helsinki zur Pekinger Konferenz brachte. Deutsche und englische Ausgabe zum Download unter www.barbara-lochbihler.de, www.wilpf.de

Publikation zu Gender und Sicherheit:

Das aktuelle Heft "Aus Politik und Zeitgeschichte" (APuZ 50/2010) der Bundeszentrale für Politische Bildung hat den Schwerpunkt „Sicherheit“, u.a. mit einem Beitrag von Gitti Hentschel (Frauensicherheitsrat) zu Genderperspektiven in der Friedens- und Sicherheitspolitik:
<http://www.gwi-boell.de/web/frieden-sicherheit-essay-gitti-hentschel-geschlechteranalysen-2884.html>

„Querblick“ zu 1325:

Der vierteljährlich von der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag herausgegebene „Querblick“ hat eine Sonderausgabe zum 10jährigen Bestehen von 1325 herausgegeben. Dieser beschäftigt sich unter anderem kritisch mit der Vereinnahmung der Resolution durch militärische Institutionen und vieles mehr. Er beinhaltet neben anderen Beiträge von Ute Scheub, Jutta Kühl und Johanna Bussemer (Frauensicherheitsrat). Weiter zu lesen unter: <http://www.linksfraktion.de/querblick/frauenkrieg-10-jahre-un-resolution-1325/>

Broschüre: Frauen in bewaffneten Konflikten

In der von Männern dominierten Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden die Ansichten von Frauen zu Krieg und Frieden häufig nicht berücksichtigt, obwohl Frauen und Mädchen als Teil der Zivilbevölkerung überproportional stark von Kriegen und bewaffneten Konflikten betroffen sind. Frauenorganisationen arbeiten seit langer Zeit daran, die Perspektiven von Frauen in die internationale Sicherheitspolitik einzubringen.

<http://www.barbara-lochbihler.de/un-resolution-1325/un-resolution-1325-frauen-in-bewaffneten-konflikten.html>

3. VERANSTALTUNGEN 2011:

Die drei P für Frieden und Sicherheit: Prävention, Protektion, Partizipation Öffentliche Expertinnenanhörung des Deutschen Frauenrates am 25. Januar

Der Deutsche Frauenrat und die Deutsche Sektion der Internationalen Katholischen Friedensbewegung pax christi führen eine öffentliche Expertinnenanhörung zum Thema Frauen und Friedens- und Sicherheitspolitik durch. Anlass ist das Jubiläum von Resolution 1325.

Dienstag, 25. Januar 2011, 11:00 bis 17:00 Uhr

Landessportbund Berlin e.V. Jesse-Owens-Allee 2, 14053 Berlin, www.lsb-berlin.net

Hintergrund: Der Deutsche Frauenrat hat auf seiner Mitgliederversammlung im November 2010 ein umfangreiches Positionspapier zu diesem Politikfeld beschlossen, das unter



http://www.frauenrat.de/fileadmin/user_upload/infopool/beschluesse/101109_Positionspapier_Frieden.pdf herunterladbar ist.

Christine Hoffmann, Generalsekretärin von Pax Christi, wird in das Positionspapier einführen, verschiedene Gäste werden es kommentieren, darunter Julia Gross vom Auswärtigen Amt, VertreterInnen der Bundeswehr und des Verteidigungsausschusses, Ute Scheub vom Frauensicherheitsrat, Monika Hauser von Medica Mondiale und Frauke Seidensticker, vormals Deutsches Institut für Menschenrechte.

Im Anschluss soll es ein Treffen des Bündnis 1325 geben. Um Anmeldung wird gebeten, hier das Anmeldeformular:

http://frauenratde.h965197.serverkompetenz.net/fileadmin/user_upload/infopool/informationen/bilder/2010-2/Anmeldeformular.pdf

Februar 2011: Online-Petition für einen Nationalen Aktionsplan

Der Frauensicherheitsrat wird – hoffentlich gemeinsam mit dem Bündnis 1325 - im Februar 2011 beim Petitionsausschuss des Bundestages eine Online-Petition für einen Nationalen Aktionsplan eingeben. Wenn wir es alle gemeinsam schaffen, 50.000 Unterschriften zusammenzubekommen, wird sich der Bundestag mit dieser Forderung auseinandersetzen müssen. Unser gemeinsames Ziel dabei sollte sein, zu den Haushaltsberatungen im kommenden Jahr mit der erfolgreichen Petition für den Aktionsplan werben zu können.

8. März 2011: 100 Jahre Internationaler Frauentag

Dieses Jubiläum wird Anlass zu diversen Veranstaltungen geben, deshalb plant der Frauensicherheitsrat dazu keinen eigenen Event.

Die UNO in Genf wird anlässlich dieses Datums die Ausstellung „Ohne Frauen keinen Frieden“ zeigen (siehe oben).

September 2011: 10 Jahre 9/11 und „vernetzte Sicherheit“

Der 10. Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September wird Anlass für diverse Rückblicke und Veranstaltungen sein, auch im Hinblick auf die Ergebnisse der Interventionen in Afghanistan und Irak. Obwohl die Militärinterventionen auf ganzer Linie gescheitert sind, propagieren Bundesregierung und Nato weiterhin das „Konzept der vernetzten Sicherheit“. Der Frauensicherheitsrat sieht dieses Datum als gute Gelegenheit, in Kooperation mit allen Interessierten auf einer Veranstaltung eine Bilanz dieser Themen zu ziehen. Näheres steht noch nicht fest.



Anlage 2: Weihnachtsschreiben der WILPF-Generalsekretärin Madeleine Rees



Women's International League for Peace and Freedom

Ligue Internationale de Femmes pour la Paix et la Liberté
Liga Internacional de Mujeres por la Paz y la Libertad

Consultative Status with UN ECOSOC, UNCTAD and UNESCO; Special Consultative Relations with FAO, ILO, and UNICEF.

December 21st, 2010

Dear all,

We are writing to thank you for the support that you have given to WILPF and for your contribution to our organization and to encourage your continued participation.

Our history you know: We have been active since 1915 when, at the height of World War 1, a group of 1300 women from across many countries came together in The Hague which led to our creation. The original aim was to study, make known and eliminate the causes of war and to work for peace by pushing an agenda of disarmament and the increased inclusion of women in all decision-making aspects of peace and security.

Nothing if not ambitious! We remain so, if we were not we would betray the principles and beliefs of generations of women who have joined, been active, and supported our aims.

We recognize that there is a need to re-vitalise our movement and increase our profile, messaging and effectiveness. We have already made a start and intend to continue by improving our ability to use the existing mechanisms, UN and other, to realize our goals and, importantly, to ensure real connection with our sections and members. Attached you will find our [Human Rights Day Statement](#) with links to papers, statements and analysis that WILPF has put on the website this year... and this is without including the amazing work being done by [Peace Women](#) and [Reaching Critical Will](#) (part of WILPF but with separate web sites). We have covered and intervened in the Human Rights Council, the Security Council, the Conference on Disarmament, the First Committee and the NPT. Convened conferences on Women Peace and Security, produced books, worked to generate grass roots support and provided assistance in such diverse regions as the Balkans to Africa. We can candidly state that we were heard on the issues. Now we need to go further!

In 2011 we will do more, much more. The International Congress will take place in Costa Rica, where we will get together to plot, plan, and design the future of WILPF as we go towards our centenary.

WILPF is still a global movement for change. We have strength and ability, we need only to increase our capacity and we will make that change happen: addressing the costs of militarization, conflict, and war, addressing the obligations to allocate resources instead, to serious and sustainable economic and social rights, and environmental protection: The real issues of security.

We count on your support and participation as an international member of WILPF in helping to make this happen.

With our very best wishes for 2011

Madeleine Rees, Secretary General of WILPF